

Verhandlungen und Beschlüsse

des

Internationalen Arbeiter-Kongresses

zu

Brüssel



(16.—22. August 1891).

Preis 20 Pfg.



Berlin 1893.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
(Th. Glocke).

In den Reihen der Genossen ist der Mangel eines offiziellen Protokolles des Internationalen Arbeiterkongresses zu Brüssel lebhaft empfunden worden. Wir entsprechen nur einem vielgeäußerten Wunsche, wenn wir durch diese nach den Berichten der Tagespresse angefertigte Zusammenstellung der Verhandlungen in Brüssel wenigstens einigermaßen diesem Bedürfniß der Genossen, das angesichts des bevorstehenden Züricher Kongresses noch gesteigert wurde, zu entsprechen versuchen.

Der Kongreß wird am Sonntag, den 16. August, Vormittags 10 Uhr in der Maison du peuple vom Genossen Verrycken im Namen der belgischen Arbeiterpartei mit warmen Begrüßungsworten eröffnet. Auf der provisorischen Tages-Ordnung stehen folgende 11 Punkte:

Tages-Ordnung:

1. Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung in nationaler und internationaler Hinsicht und die für ihre Ausdehnung und wirksame Gestaltung anzuwendenden Mittel.
2. Das Koalitionsrecht, die Mittel zu seiner Sicherung, Ausstände, Boykott und gewerkschaftliche Bewegung vom internationalen Standpunkte aus.
3. Stellung und Pflichten der Arbeiterklasse dem Militarismus gegenüber.
4. Stellungnahme der Arbeiter-Organisationen aller Länder zur Judenfrage (Amerikanischer Verband der Arbeiter-Vereinigungen jüdischer Zunge).
5. Die Verwendung des Parlamentarismus und des allgemeinen Stimmrechts zu Gunsten der sozialistischen Arbeitersache; die Taktik, welche einzuschlagen ist, um die Befreiung der Arbeiter zu erreichen; und die Mittel, welche angewendet werden müssen, um sie zu verwirklichen. (Holland.)
6. Bündniß der sozialistischen Arbeiter mit den bürgerlichen Parteien.
7. Abschaffung der Stück- und Akkord-Arbeit.
8. Internationale Feier des 1. Mai, gewidmet dem Achtstundentag, der Regelung der Arbeit und der Bekräftigung des allgemeinen Wunsches der Arbeiter auf Erhaltung des Friedens unter den Nationen.
9. Annahme einer allgemeinen einheitlichen Bezeichnung, um den Zusammenschluß aller Arbeiterparteien der Welt zu bezeichnen. (Das revolutionäre Zentral-Komitee zu Paris schlägt vor: „Internationale Sozialisten-Partei"; die belgische Arbeiterpartei dagegen: „Internationale sozialistische Arbeiterpartei".)

10. Wirksame und praktische Organisation a) der internationalen Arbeiter-Korrespondenz; b) der allgemeinen Arbeiter-Statistik; c) einer internationalen Verständigung unter den Arbeitern aller Gewerke durch Ernennung eines Syndikats-(Gewerkschafts-) Ausschusses für jede Nation und eines internationalen Syndikats-Komitees; d) der regelmäßigen Mittheilung von Nachrichten und Berichten vermittels eines jährlich in allen Sprachen erscheinenden sozialistischen Jahrbuches und Kalenders; e) der sozialistischen Propaganda und Agitation in allen Ländern.
11. Antrag und Vorschlag betreffs Abhaltung eines internationalen Kongresses in Chikago im Jahre 1893. Festsetzung der Zeit des nächsten internationalen sozialistischen Kongresses.

* * *

Vor der Nachmittagssitzung treten die deutschen Delegirten zu einer **Vorkonferenz** zusammen behufs Berathung über die Stellungnahme zur definitiven Tagesordnung.

Gegen die Behandlung von Punkt 1, 2 und 3 werden keine Einwendungen erhoben; Punkt 4 gab zur Debatte insofern Anlaß, als die bloße Ablehnung vielleicht zu der Deutung führen könnte, man wolle aus Feigheit in dieser Frage eine bestimmte Stellungnahme vermeiden. Aus diesem Grunde solle seitens der deutschen Delegirten eine motivirte Tagesordnung beantragt werden.

Bei Punkt 5 und 6 wird in erster Linie Absetzung von der Tagesordnung beantragt. Falls diese aber nicht beschlossen werden sollte, soll nur die prinzipielle Frage der Betheiligung am Parlamentarismus und die Benutzung des allgemeinen Stimmrechts zur Diskussion gestellt werden; die zweite Hälfte des Punktes 5 wie Punkt 6 seien einfach auf einem internationalen Kongreß undiskutirbar, weil hierfür die ökonomische wie politische Entwicklung der einzelnen Länder ausschlaggebend sei, die zu beurtheilen nur die Genossen der betreffenden Länder kompetent wären.

Punkt 7 soll ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden, während Punkt 8: Maifeier, widerspruchslos zur Diskussion acceptirt wird. Dagegen wird Punkt 9: Annahme einer gleichlautenden für alle Länder bindenden Parteibezeichnung abgelehnt, bei Punkt 10 wurden die unter a) b) und d) angeregten Forderungen als beim heutigen Stand der Arbeiterbewegung und der Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern undurchführbar abgelehnt.

Von Schmidt-Karlsruhe wird ein Antrag gestellt und soll am Kongreß seitens der deutschen Genossen unterstützt werden, nämlich ein Komitee zu ernennen, das bis zum nächsten internationalen Arbeiterkongreß eine Formulirung der sozialdemokratischen Grundforderungen herstellen möge, die dann gleichsam als Prin-

zipienerklärung an der Spitze des Programms der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern figuriren soll.

Punkt 11: Abhaltung eines internationalen Arbeiterkongresses 1893 in Chikago wird abgelehnt und dem Kongreß der Vorschlag unterbreitet, höchstens in Zwischenräumen von je drei Jahren internationale Arbeiterkongresse einzuberufen.

Die mit der Mandatsprüfung betraute Kommission (Bruhns, Metzger und Goldstein) theilt mit, daß 40 deutsche Delegirte mit 99 Mandaten angemeldet seien, gegen welche keinerlei Einwendung erhoben werden könne.

* * *

Die **zweite Sitzung** wird Nachmittags $2^1/_2$ Uhr eröffnet; das Bureau wird aus Vertretern sämmtlicher am Kongreß vertretener Länder bestellt. Die beiden Präsidenten Vaillant (Paris) und Singer heben in zündenden Ansprachen den internationalen Charakter der modernen Arbeiterbewegung und deren Bedeutung für den Völkerfrieden hervor. Demblon (Belgien) erinnert an den Mann, der für das Zustandekommen dieses Kongresses, für die Propaganda des Sozialismus in Belgien mehr gethan als irgend einer der Anwesenden: De Paepe. Er widmet ihm einen begeisterten Nachruf, den Vaillant auf Alle ausdehnt, die im Dienste des Sozialismus gelebt und gewirkt, gelitten und gestritten; vor Allem auf den Mann, dessen Wort noch heute unsere Losung: Arbeiter aller Länder vereinigt Euch! —

Der Kongreß erörtert nun die Frage der Mandatsprüfung; im Namen der Belgier berichtet Volders: Belgien ist durch 187 Delegirte vertreten, die alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen vertreten; nur ein Fall gebe zu einer Erklärung Anlaß: es seien auch drei anarchistische Delegirte anwesend, die als solche an einem sozialistischen Kongreß nichts zu thun haben; da zwei derselben aber von nicht-anarchistischen Organisationen delegirt seien, so komme nur ein Fall in Betracht und hier beantrage die belgische Arbeiterpartei Ausschluß, weil die Anarchisten weder auf dem Standpunkte der Organisation der Arbeiter noch auf dem des gesetzgeberischen Eingreifens des Staates zu Gunsten der Arbeiterklasse stehen, also gerade an diesem Kongresse nicht theilnehmen könnten. Nach längerer Diskussion erklärt der Kongreß mit überwältigender Majorität, die Nichtanerkennung dieses Mandates.

Deutschland ist durch 40 Delegirte vertreten, Frankreich durch 60, England durch 23, die sowohl sozialistische wie blos gewerkschaftliche Organisationen repräsentiren; Oesterreich hat 11 Delegirte mit 18 Mandaten entsendet, Ungarn 2, Dänemark 4, welche 17 000 Mitglieder in 90 sozialistischen und 140 gewerkschaftlichen

Organisationen vertreten, wozu noch 20000 gewerkschaftlich organisirte Arbeiter in Kopenhagen kommen. **Norwegen** wird durch Jebsen vertreten, **Spanien** durch den schon aus den Kongressen der alten Internationale bekannten Genossen Iglesias, der sämmtliche in Spanien organisirte Arbeiter vertritt. Die **Vereinigten Staaten von Nordamerika** haben 6 Delegirte entsandt; da zwei sozialistische Arbeiterparteien (Newyorker und Chikago-Rosenberg-Richtung) sich vertreten ließen, wird ein Mandat beanstandet, auf Antrag **Fischer** aber auch Genosse **Sanial** als Delegirter anerkannt. **Holland** ist durch 9 Delegirte vertreten; ein **Anarchist** wird zurückgewiesen, Frl. **Drucker** aus Amsterdam erst zugelassen, nachdem sie erklärte, nicht bloß Frauenrechtlerin zu sein, die ihren einzigen Feind im **Manne** erblicke, sondern auf dem Boden der Arbeiterbewegung zu stehen. **Italien** ist durch 3, **Polen** durch 1, **Rumänien** durch 5 und die **Schweiz** durch 6 Delegirte vertreten; insgesammt sind heute 175 ausländische und 187 belgische Delegirte anerkannt.

* * *

Die **dritte Sitzung** wird Montag Vormittag 10 Uhr im Saal St. Michel abgehalten, da der bisher benutzte Saal in Maison du Peuple zu klein. Nach einer Sitzung des Bureaus wird folgende **Geschäftsordnung** bekannt gegeben. Jeden Tag finden zwei Sitzungen statt, Vormittags von 10—12½ Uhr, Nachmittags von 2—5 Uhr. Berichterstatter haben 15 Minuten Redezeit, in der Diskussion beträgt die Redezeit 10 Minuten; mehr als zweimal darf zum gleichen Punkt Niemand sprechen, das zweite Mal ist für Referent wie für Diskussion die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt. Prinzipielle Fragen werden nach Nationalitäten entschieden, alle Anträge und Meldungen sind schriftlich dem Bureau einzureichen.

Sowohl aus **England** wie **Frankreich** sind je fünf neue Delegirte eingetroffen, ebenso je einer aus **Italien** und **Schweden**.

Seitens der deutschen Delegation sind die nach der Geschäftsordnung beschlossenen Wahlen für die Kommissionen der ersten drei Punkte der Tagesordnung vollzogen. Die Kommission für **Arbeiterschutz** wurde bestellt aus den Genossen: Bebel, Molkenbuhr, Wurm; jene für die Frage des Schutzes des **Vereins- und Versammlungsrechts** aus: Bock, Meister und Segitz, und die für die Stellung zum **Militarismus** aus: Liebknecht, Singer und Stadthagen.

* * *

Die **vierte Sitzung**, Montag Nachmittags, konnte infolge der nöthigen Vorarbeiten der Kommission erst gegen 4 Uhr eröffnet

werden. Da die mit der Frage des Arbeiterschutzes beauftragte Kommission noch nicht fertig war, referirte Delporte (Franzose) für die Kommission in Sachen des Koalitionsrechtes und beantragte Punkt 2 und 10, wegen der Gemeinsamkeit der Gesichtspunkte, gleichzeitig zu behandeln, was der Kongreß nach langer Debatte acceptirt.

* *
*

In der **fünften Sitzung**, Dienstag Vormittag 9 Uhr, referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung: **Arbeiterschutzgesetz-Frage** im Auftrage der betr. Kommission Vandervelde (Belgien): Er erklärt es für unnöthig, den Stand der Arbeitsgesetzgebung in den verschiedenen Industriestaaten zu erklären. Worauf es ankomme, sei, zu erfahren, was seit den Pariser Kongressen geschehen sei. Und darauf haben die Delegirten aller Länder geantwortet: Nichts! Gewiß haben die Kongresse die Berliner Konferenz herbeigeführt, also einen moralischen Sieg der Sozialisten, aber was war deren Resultat? Zwar wurden einzelne reaktionäre Regierungen wenigstens zum ersten Schritt in der Richtung des Arbeiterschutzes gezwungen, dafür konnten aber andere Länder gerade in Folge dieser Beschlüsse mit der Berufung auf andere Länder ihr Tempo zurückschrauben, und so ist die Folge dieser Konferenz für die Arbeiter eher ein Nachtheil, als ein Vortheil. In den Vereinigten Staaten hat man nicht nur keinen Fortschritt gemacht, sondern in einzelnen Staaten wurden vielmehr diese Gesetze für verfassungswidrig gehalten; die einzige Verbesserung ist die Ausdehnung des Achtstundentages auf die Postboten. In Deutschland hat man sich auf die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit beschränkt. Auch in Oesterreich wurde im Grunde nur das Verbot der Sonntagsarbeit durchgeführt. In Dänemark geschah gar nichts mehr. Ein sozialistischer Deputirter hat im Parlament ein Achtstundengesetz eingebracht, aber es wird zweifellos abgelehnt. In Schweden wurden drei Fabrikinspektoren ernannt, das ist Alles. In Rumänien geschah gar nichts. In der Schweiz sucht man die Alters- und Invalidenversicherung zu schaffen und hat das Fabrikgesetz auf alle Betriebe ausgedehnt. In Frankreich wurden einige unbedeutende Gesetze über Frauen- und Kinderarbeit, Akkordarbeit und ein paar Verordnungen über Statistik sowie ein Arbeitsrath geschaffen. In England eine Verbesserung in den Bestimmungen über Kinderarbeit durch Festsetzung des 12. Lebensjahres; doch hofft man, das Achtstundengesetz für Spinnereien, Bergleute und Eisenbahn-Angestellte zu erreichen. In Holland ein Gesetz über Frauen- und Kinderarbeit und in Belgien ein belangloses Gesetz über Frauen- und Kinderarbeit, über Arbeitsausschüsse, zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehend. Das

ist Alles. Aber auch diese jämmerlichen Bestimmungen sind nicht einmal durchgeführt worden; sie blieben fast überall ein todter Buchstabe. Die Fabrikanten seien wie Kinder die sagen: du darfst mich waschen, aber nicht — naß machen. So sagen die Ausbeuter zur Regierung: Wir wollen gerne die gesetzlichen Beschränkungen über uns ergehen lassen, vorausgesetzt, daß wir die Ausbeutung künftig gerade so rücksichtslos betreiben dürfen, wie bisher! Kurz, die Resultatlosigkeit der Berliner Konferenz muß die Arbeiter zur Ueberzeugung bringen, daß sie nur durch ihre eigene Kraft sich Reformen erringen werden. Daher unermüdliche Propaganda und Eroberung der politischen Macht, des Parlaments durch Entsendung von Sozialisten in die gesetzgebenden Körperschaften.

Im Auftrage der Kommission schlage er folgende Resolution zur Annahme vor:

Der Kongreß erklärt:

Die seit dem internationalen Kongreß zu Paris im Jahre 1889 in den einzelnen Ländern erlassenen Abeiterschutz-Gesetze und Verordnungen entsprechen in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse.

Insbesondere haben die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin, deren Einberufung zugestandenermaßen unter dem Eindruck der Pariser Kongresse stattfand und insofern als eine Konzession an die Arbeiterklasse zu betrachten ist, bewiesen, daß die Regierungen bis jetzt weder die Einsicht noch den Willen besitzen, ihren Pflichten gegen die Arbeiterklasse gerecht zu werden.

Dagegen haben die Verhandlungen der Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin verschiedenen der betheiligten Staaten den Vorwand geliefert, unter Hinweis auf jene Beschlüsse und auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in anderen konkurrirenden Ländern von jeder weitergehenden Schutz-Gesetzgebung abzusehen, ein Verfahren, welches der Kongreß, weil unlauteren Absichten entspringend, auf das Entschiedenste verurtheilen muß.

Desgleichen konstatirt der Kongreß, daß die bestehende, an und für sich mangelhafte Arbeiterschutz-Gesetzgebung ungenügend gehandhabt und kontrollirt wird.

Der Kongreß fordert daher die Arbeiterklasse aller Länder auf, durch eine energische Agitation und mit allen der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Beschlüsse der Pariser Kongresse einzutreten, auch wenn diese Agitation zunächst keinen andern Erfolg hat als der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zu beweisen, daß die herrschenden und ausbeutenden Klassen jeder wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung feindselig gegenüberstehen.

Des Weiteren fordert der Kongreß

In Anbetracht der Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die Arbeiterorganisationen auf,

1. In jedem Lande eine permanente Enquête über die Arbeitsbedingungen mit Rücksicht auf die Schutzgesetzgebung zu organisiren.

2. Sich gegenseitig die Mittheilungen zu machen, welche nothwendig sind, um die Arbeiterschutz-Gesetzgebung einheitlich zu gestalten.

Endlich ermahnt der Kongreß die Arbeiter der ganzen Erde, ihre Kräfte zu einigen gegenüber dem Widerstand der kapitalistischen Bourgeoisparteien, und überall da, wo sie im Besitze der politischen Rechte sind, ihre Stimme allen Denen zu versagen, welche sich nicht verpflichten, diese ihre Forderungen zu unterstützen.

* * *

Die Diskussion über diese Resolution wird in der **sechsten Sitzung,** Dienstag Nachmittag 2½ Uhr, eröffnet. Walker (London, Möbelschreiner) giebt Auskunft über die Lage seines Gewerbes, Stand des Arbeiterschutzes in England, spricht über das Verhältniß zwischen Gewerkschaftlern und Sozialisten; er sei Sozialist aber auch Gewerkschaftler, welche beide diese gleichen Ziele, Verbesserung der sozialen Lage, erstreben; wollen die Gewerkschaften ihre Zwecke erfüllen, müßten sie sozialistischen Charakter annehmen. Man fasse nur die Schwierigkeit infolge Konkurrenz unter den Arbeitern selber ins Auge. Er verweist auf den Import der jüdischen Einwanderer, die den Lohn so sehr niederdrücken und — fügt Liebknecht als Uebersetzer bei — bis zu einem gewissen Grade trifft dies auch auf die deutschen Arbeiter zu, die infolge Unkenntniß der Sprache und Lage Löhne nicht nach Londoner Gewerkschaftstarifen, sondern nach der kontinentalen Skala erhalten, somit auch die Löhne für die Engländer niederdrücken. Daher, erklärt Referent, müssen die Arbeiter international sich verständigen, und auch die Gewerkschaften können nur siegen, wenn sie international sich verbünden; auf die Regierung allein zu rechnen sei Illusion, wie auch die englische Regierung bewiesen, die im Parlamente nicht einmal jene Minimalforderungen vertreten habe, die sie auf der Berliner Konferenz selbst als nothwendig offiziell anerkannt habe.

Deschamps (Hutmacher, Frankreich) spricht ähnlich wie der englische Redner über die Verschlechterung der Lage der Arbeiter, die durch die Zollpolitik noch gesteigert werde, daher sei die Organisation auf internationaler Grundlage nöthig, damit die Arbeiter

selbst sich Aufklärung über die Lage ihres Gewerbes in den einzelnen Ländern geben könnten.

Bebel (mit stürmischem Beifall begrüßt): Er glaube in allgemeiner Uebereinstimmung zu handeln, wenn er hier nicht die allgemeine Lage der Arbeiter Deutschlands erörtere, in Bezug auf die Forderungen, die der Pariser Kongreß*) formulirt habe. In Bezug auf die ersten 5 Forderungen herrsche allgemeine Uebereinstimmung; in Bezug auf die folgenden, von den Franzosen und

---

*) Die Beschlüsse des Pariser Kongresses lauten:

„In Erwäaung, daß die kapitalistische Produktion in rascher Entwicklung nach und nach die ganze Welt erfaßt,

„in Erwägung, daß die kapitalistische Produktionsweise die steigende Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die herrschende Klasse bedeutend,

daß die immer intensivere Ausbeutung die soziale und politische Unterdrückung und Versklavung der Arbeiterklasse zur Folge hat, zu ihrer physischen und moralischen Degeneration führt,

daß es deshalb Pflicht und Aufgabe der Arbeiterklasse aller Länder ist, diese sie ruinirende und die freie Entwicklung der Menschheit bedrohende Gesellschaftsorganisation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mittel zu bekämpfen,

daß es sich aber in erster Linie darum handelt, der weiteren verheerenden Wirthschaftsordnung entgegenzuarbeiten,

beschließt der Kongreß:

I. Die Schaffung einer wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung für alle Länder mit moderner Produktion ist eine unabwendbare Nothwendigkeit.

Als Grundlage derselben betrachtet der Kongreß:

a) den 8stündigen Normalarbeitstag;
b) Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden pro Tag;
c) Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
d) Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben;
e) Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;
f) Eine mindestens 36 Std. hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche;
g) Verbot solcher Industrien und solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädigend sind;
h) Aufhebung des Trucksystems;
i) Eine alle industriellen Betriebe, einschließlich der Hausindustrie, umfassende Inspektion durch staatliche besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

II. Der Kongreß erklärt es für nothwendig, alle diese Maßregeln durch Gesetze bezw. durch internationale Verträge zu sichern und fordert die Arbeiterklasse aller Länder auf, in der ihnen am geeignetsten erscheinenden Weise für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten und ihre Durchführung zu überwachen.

III. Außerdem erklärt der Kongreß: Es ist Pflicht aller Arbeiter, die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitkämpferinnen anzusehen und dem Grundsatze: Gleicher Lohn für gleiche Leistungen — auch in Bezug auf die Arbeiterinnen zur Geltung zu verhelfen. Als ein wesentliches zum Ziel führendes Mittel hierfür, wie für die Verwirklichung der Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse überhaupt erachtet der Kongreß die Organisation der Arbeiterklasse und fordert demnach volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit. —

Belgiern eingebracht, habe er und seine deutschen Genossen eine abweichende Meinung. Vor allem wolle er betonen, daß nach seiner Auffassung Hauptaufgabe der Sozialdemokratie nicht die Erringung eines Arbeiterschutz-Gesetzes sei, sondern in erster Linie sei es ihre Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären über das Wesen und den Charakter der heutigen Gesellschaft, um dieselbe so rasch als möglich verschwinden zu lassen, und zwar um so rascher, als diese selbst in ihren eigenen Entwicklungsgesetzen den tödtenden Keim ihres Unterganges in sich trage. Die Arbeiter müßten das Wesen der Gesellschaft kennen lernen, damit, wenn deren letztes Stündlein schlage, die Arbeiter die neue Gesellschaft errichten können. Und er betone dies um so mehr, als man im Ausland in letzter Zeit vielfach die Meinung geäußert habe, innerhalb der deutschen Partei bestehen prinzipielle Unterschiede in Bezug auf diese Aufgabe oder Taktik. Das sei ein Irrthum, ein solcher existire nicht, und wer je versuchen wollte, die Partei von dieser Aufgabe abzulenken, müßte auch im selben Augenblicke die Partei verlassen.

Unsere Partei sei aber auch eine Partei der Propaganda; ein großer Theil der Arbeiterklasse selber stehe uns noch ferne; wir müßten daher alle Mittel und Wege benutzen, einerseits um diese Kreise für uns zu gewinnen, andererseits die Lage der Arbeiter zu verbessern. So sei unsere Stellung zur Frage des Arbeiterschutz-Gesetzes gegeben, das im Stande sei, die Arbeiter kampffähiger zu machen, und dann auch den Kampf gegen die Bourgeoisie um so wirksamer zu führen. Und so sehr auch die Bourgeoisie sich weigere, sie sei doch gezwungen, Konzession auf Konzession zu machen, und so wider ihren Willen die Arbeiter zum Kampfe gegen die heutige Gesellschaft zu stärken.

Redner erörtert dann die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Reichsregierung, als diese durch einen kühnen Koup die Initiative in der Frage des internationalen Arbeiterschutzes der Schweiz abnahm, um plötzlich die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zu lenken und sich im Glanze der Arbeiterfreundlichkeit zu sonnen. Wenn auch das Ausland Zweifel gehegt — in der Stimmenzahl bei den letzten Wahlen habe die deutsche Sozialdemokratie bewiesen, daß sie sich nicht täuschen, sich den Wind nicht aus den Segeln nehmen ließ. Wie aber die Berliner Konferenz kein Resultat gezeitigt habe, so sei auch die Arbeiterschutz-Gesetzvorlage derselben Reichsregierung, so achtbar die quantitative Leistung gewesen, qualitativ bedeutungslos ausgefallen, in vieler Beziehung aber geradezu eine Verschlechterung geworden, weshalb schließlich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten sich dagegen erklärten. Kurz, nicht ein einziger Sozialdemokrat sei in Deutschland, der in dieser Beziehung im Unklaren gewesen oder sich getäuscht habe.

In Bezug auf einzelne Punkte der vorgeschlagenen Resolution möge also der Kongreß sich hüten, Beschlüsse zu fassen, zu deren Durchführung die Arbeiterorganisationen nicht der geeignete Faktor seien. So große Berechnungen zum Beispiel englische ꝛc. Gewerkschaften bezüglich der Arbeitsstatistik gemacht haben, könne darüber kein Zweifel sein, daß ohne die Mittel der Gesammtgesellschaft eine solche unmöglich sei. Da aber die Form der Resolution keine Verpflichtung in sich schließe, habe er keine Einwendungen zu machen, obgleich er sich nicht viel davon versprechen könne.

Betreffs des dritten Punktes der Resolution müsse er wiederholen, was er schon gestern in der Kommission geäußert habe. Die Forderung gehe ihm nicht zu weit, sondern nicht weit genug. Wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, werde von unserer Partei kein Kandidat aufgestellt, der nicht das sozialdemokratische Programm bis in seine äußerste Konsequenz unterschreibe; nach dieser Resolution genüge aber die Zustimmung zu den Forderungen des Arbeiterschutzes in den Pariser Beschlüssen. Das könne jede bürgerliche Partei, aber damit sei man noch lange nicht Sozialist. Die Sozialdemokratie müsse Klarheit in die Parteien bringen, die Finger in die Wunden der Gesellschaft legen, damit sie für Alle sichtbar und unleugbar werden. Aber wir gestehen den Genossen anderer Länder Aktionsfreiheit nach ihren eigenen Verhältnissen auch hierin zu und werden uns begnügen, uns der Abstimmung zu enthalten. (Großer Beifall.)

* * *

Siebente Sitzung, Mittwoch Vormittag 10 Uhr, **Fortsetzung der Debatte über Arbeiterschutz.**

Cahan, Vertreter der jüdischen Arbeiter in Amerika, verlangt in die Resolution Aufnahme der Erklärung des Klassenkampfes und dessen, daß wir denselben fortführen müssen in allen Konsequenzen, bis das Lohnsystem gefallen. Bei allem Entgegenkommen gegen die Gewerkschaften dürfe man nie zu betonen vergessen, daß die bloß gewerkschaftliche Organisation unzureichend sei und die politische Macht von den Arbeitern erobert werden müsse.

Dr. Adler-Wien wendet sich gegen einige Irrthümer, die sich in die Uebersetzungen und Berichte über den Stand des Arbeiterschutzes in Oesterreich eingeschlichen hätten. Gewiß, seit den Pariser Kongressen sei nichts geschehen. Aber die Annahme, es sei in Oesterreich überhaupt keine Arbeiterschutzgesetzgebung vorhanden, sei irrig. Oesterreich besitze neben England und der Schweiz das beste Arbeiterschutzgesetz der Welt; wir haben Normalarbeitstag, Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder und die Sonntagsruhe — freilich, alle diese schönen Bestimmungen stehen hauptsächlich bloß auf dem Papier. Und dann, uns fehlt das, was

einzelne Länder sehr ausgedehnt besitzen, und ohne das der ganze Arbeiterschutz illusorisch ist — das Recht der Ueberwachung der Ausführung — wir haben kein Vereins-, kein Versammlungs- und im Grunde kein Koalitionsrecht. —

Im Allgemeinen könne er seine Befriedigung über die Resolution ausdrücken; freilich datire die Forderung des Achtstundentages nicht erst seit den Pariser Beschlüssen, sondern sei so alt, wie die sozialistische Bewegung. Die Bourgeoisie habe aber diese Idee gefälscht; wie sie die Nahrungsmittel fälscht, so fälsche sie die Ideen; sie habe die Idee der Freiheit gefälscht, die der Gleichheit und jetzt die des Arbeiterschutzes. Daher ist es nöthig, zu erklären, daß das, was die Bourgeois unter Arbeiterschutz verstehen, nicht unsere Auffassung sei. So sehen wir in England und der Schweiz die Fabrikanten sich als warme Anhänger des Arbeiterschutzes aufspielen — jedoch müsse er international verwirklicht werden; so lange die anderen Staaten zurückstehen, könnten auch sie nichts thun. Da gestaltet sich der internationale Arbeiterschutz thatsächlich zu einem internationalen Ausbeuterschutz, weil die Bourgeoisie sich hütet, einen nationalen Arbeiterschutz zu schaffen; wir müssen daher immer wieder erklären, daß im eigenen Lande Hand angelegt werde. — — Wir Oesterreicher zählen wie die Deutschen zu den revolutionären Sozialisten. Es klingt freilich sehr radikal, den ganzen Parlamentarismus zu verwerfen, das ist falsch. Für uns ist der ganze Parlamentarismus, für uns ist Wahlrecht, Stimmrecht, Arbeiterschutz nur Mittel zum Zweck, ein gutes Mittel, um die Gehirne zu revolutioniren und so die Arme zu gewinnen, welche diese Revolution ausführen sollen. Ueber diesen Mitteln werden wir nie das Ziel aus den Augen verlieren.

Zum Schluß kam Redner auf den Passus zu sprechen, der die Unterstützung eines Kandidaten von der Zusage des Arbeiterschutzes abhängig macht. Das sei ungenügend, dagegen müsse er stimmen, wenn die Zustimmung zu den Pariser Kongreßbeschlüssen gefordert würde, wäre er einverstanden, weil diese nicht bloß Schutzbestimmungen verlangen, sondern eine prinzipielle sozialistische Erklärung enthalten. Wir in Oesterreich haben kein allgemeines Wahlrecht, für uns läge also die Versuchung sehr nahe, mit den bürgerlich-radikalen Parteien zu mogeln auf Grund solcher Forderungen; wir haben sie aber stets zurückgewiesen, weil wir der Ueberzeugung sind, von den herrschenden Klassen der Gesellschaft erhalten wir unsere Forderungen nicht verwirklicht, die Arbeiter aber gewinnen wir nicht, wenn wir selber unsere Fahne verhüllen oder einstecken. (Großer Beifall.)

Frankl-Paris wendet sich gegen die vage, schwächliche und unbestimmte Form der Resolution; er verlangt den Klassencharakter der Arbeiterbewegung ausgedrückt, sowohl gegenüber den bürger-

lichen Parteien, die z. B. in Frankreich erklären, seit 1789 gebe es keine Klassen mehr, aber auch gegenüber gewissen Richtungen in der Arbeiterschaft, welche jede Forderung des Arbeiterschutzes schon als Sozialismus erklären. Auch gegen die Fassung des Schlußpassus wendet er sich, weil sie die Deutung zulasse, daß die Arbeiter ihren Widerstand nur gegen die industrielle Ausbeutung, die liberalen Parteien richten sollen, man müsse ebenso die klerikal-konservativen Parteien und das Agrarierthum bekämpfen. Es gelte, klipp und klar zu erklären, daß das Hauptaugenmerk auf die Eroberung der politischen Macht zu richten sei, weil die ökonomische Befreiung nur möglich, wenn die Arbeiter die Zügel der Regierung in der Hand haben.

Es werden verschiedene Amendements eingebracht, die der Kommission überwiesen werden.

* * *

Achte Sitzung. Mittwoch Nachmittag 3½ Uhr: Vandervelde (Belgien) referirte als Berichterstatter der Arbeiterschutzgesetz-Kommission. Trotzdem in der Debatte verschiedene Gesichtspunkte geltend gemacht wurden, seien die Arbeiter, eingedenk des Marx'schen Wortes, in der Sache einig und so fordere er auf, die Resolution wie in der Kommission so auch hier einstimmig anzunehmen.

Durch Akklamation wurde unter brausendem Jubel, die Resolution in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Der Kongreß, welcher sich auf dem Boden des Klassenkampfes stellt und überzeugt ist, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ohne Aufhebung der Klassenherrschaft nicht möglich ist, erklärt:

Die seit den internationalen Kongressen zu Paris im Jahr 1889 in den einzelnen Ländern erlassenen Arbeiterschutzgesetze und Verordnungen entsprechen in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse.

Insbesondere haben die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin, deren Einberufung zugestandenermaßen unter dem Druck der Pariser Kongresse stattfand und insofern als eine Konzession an die wachsende Macht der Arbeiterklasse zu betrachten ist, bewiesen, daß die Regierungen die nothwendigen Reformen nicht wollen.

Dagegen haben die Verhandlungen der Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin verschiedenen der betheiligten Regierungen den Vorwand geliefert, unter Hinweis auf jene Beschlüsse und auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in anderen konkurrirenden Ländern von jeder weitergehenden Arbeiterschutz-Gesetzgebung abzusehen, ein Verfahren, welches unlauteren Absichten entspringt und das daher auf das Entschiedenste verurtheilt werden muß.

Desgleichen konstatirt der Kongreß, daß die bestehende, an und für sich mangelhafte Arbeiterschutz-Gesetzgebung ungenügend gehandhabt und kontrollirt wird.

Der Kongreß fordert daher die Arbeiterklasse aller Länder auf, durch eine energische Agitation und mit allen der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Beschlüsse des Pariser Kongresses, auch wenn diese Agitation zunächst keinen anderen Erfolg hat, als der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zu beweisen, daß die herrschenden und ausbeutenden Klassen jeder wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung feindselig gegenüberstehen.

Im Weiteren fordert der Kongreß:

In Anbetracht der Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die Arbeiterorganisationen und Parteien auf:

1. In jedem Lande eine permanente Enquête über die Arbeitsdingungen und Lage der Arbeiterklasse zu organisiren.

2. Sich gegenseitig diejenigen Mittheilungen zu machen, welche nothwendig sind, um die Arbeiterschutz-Gesetzgebung einheitlich zu gestalten.

Endlich empfiehlt der Kongreß den Arbeitern der ganzen Erde, ihre Kräfte zu einigen gegen die Herrschaft der kapitalistischen Parteien und überall da, wo sie im Besitze der politischen Rechte sind, dieselben zu benutzen, um sich von der Lohnsklaverei zu befreien.

* * *

Der Kongreß geht nunmehr zur Berathung des 4. Punktes der Tagesordnung über: **Stellung der Arbeiter zur Judenfrage.**

Cahan (New-York) sagt, er stehe hier nicht als Jude, sondern als Arbeiter. Für uns Sozialisten giebt es so wenig eine Juden- als eine Militärfrage; aber die Gegenwart zwingt uns, zu der einen wie der anderen Stellung zu nehmen. Gestern habe der Kongreß den streikenden Schreinern in London seine Sympathie bekundet, heute möge er dasselbe den jüdischen Brüdern gegenüber thun, die beständig im Streik, beständig verfolgt und gehetzt seien. Man habe die Juden zu einer besonderen Klasse gemacht, und nun gelte es, diesen Klassenkampf durchzuführen. Zu dem Zwecke verlangen die jüdischen Arbeiter Platz in der Sozialdemokratie, um gemeinsam den großen Kampf für die Befreiung der Menschheit zu führen.

Volders erklärt im Namen des Bureaus: In der Frage sind wir alle einig. Wie wir früher unsere Sympathien für die verfolgten russischen Revolutionäre bekundeten, so jetzt für die ver-

folgten russischen Juden. Der Antisemitismus ist eine Erscheinung, die ihre Wurzeln ausschließlich in den bürgerlichen Parteien und seine Erklärung u. A. auch darin findet, daß die jüdischen Ausbeuter die pfiffigeren Ausbeuter seien. Für die jüdischen Unterdrückten giebt es nur ein Mittel der Befreiung: Eintritt in die Reihen des Sozialismus und empfiehlt er im Namen des Bureaus folgende Resolution, die mit einer kleinen Aenderung einstimmig angenommen wird.

In Erwägung,

daß in den Prinzipien und Programmen der sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder von jeher klar ausgesprochen ist, daß sie keinen Gegensatz und keinen Kampf der Nationen oder Rassen anerkennen, sondern den Klassenkampf des Proletariats aller Länder und Rassen führen,

und daß es für die Proletarier jüdischer Rasse und Zunge kein anderes Mittel der Emanzipation giebt als den Anschluß an die Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder;

hält der Kongreß

unter Verurtheilung der antisemitischen und philosemitischen Hetzereien, welche nur ein Manöver der Kapitalistenklasse und der politischen Reaktion sind, zu dem Zweck: die Arbeiter zu spalten und die sozialistische Bewegung von ihrem Ziel abzulenken;

eine Erörterung des von den amerikanischen Genossen jüdischer Zunge beantragten Punktes 4 der vorgeschlagenen Tagesordnung für überflüssig,

und geht zur Tagesordnung über.

* * *

Neunte Sitzung, Donnerstag Vormittag 10 Uhr. Zur Berathung steht der zweite Punkt der Tagesordnung **(Vereinigungsrecht und dessen Garantien, Streik, Boykott 2c.),** mit dem Punkt 10 **(Internationale Organisation, allgemeine Arbeiterstatistik 2c.)** gemeinsam debattirt werden soll. Groussier-Paris referirt im Auftrage der Kommission. Dieselbe konnte sich nicht auf eine gemeinsame Resolution verständigen. Die Franzosen und Belgier schlagen internationale Verbindung durch in jedem Lande zu ernennende Komitees vor, die mit einander in Verkehr treten, und die nationale Organisation wieder Unterkomitees überlassen. Sie halten diese Organisation trotz gesetzlicher Schranken in einzelnen Ländern für möglich, weil ja auch die Sozialdemokratie, trotz aller Strafen und Verfolgungen, sich international von Anfang an verbündet habe. Die Hauptfrage ist die: „Wie müssen die Gewerkschaften organisirt werden, um die Grundlage für die Errichtung eines sozialistischen Staates abgeben zu können?“ Die Antwort lautet: 1. Möglichste Verminderung der Arbeitszeit und

möglichste Erhöhung des Lohnes; 2. müssen die gewerkschaftlichen Arbeiter politisch so gebildet werden, daß auf ihren soliden Schultern der sozialistische Staat ruhen kann. Es müssen deshalb internationale Organisationen geschaffen werden. Die Arbeiter müßten aufhören, französische, deutsche, englische Arbeiter zu sein, sie müßten Arbeiter der Welt werden. Auch die ihnen auf gewerkschaftlichem Boden gebliebenen Kampfmittel, Streik und Boykott, könnten wirksam nur noch in ihrer internationalen Anwendung benutzt werden.

Die Majorität der englischen und französischen Genossen schlage daher folgende Resolution vor:

„Der Kongreß erklärt:

Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten legt den Arbeitern die Pflicht auf, sich zu vereinigen, um ihre Befreiung vorzubereiten.

Zu diesem Zweck müssen sie sich eine starke Organisation schaffen, nicht nur, um die Unternehmer zu bekämpfen, sondern auch, um die Grundsteine einer Gesellschaft von Gleichen zu legen.

Die Arbeiter der ganzen Welt müssen sich solidarisch erklären und ihre Verbindungen müssen die sogenannten nationalen Schranken durchbrechen. Der internationalen Verbindung des Kapitalismus muß die Internationale der Arbeit entgegengesetzt werden.

Die Arbeiter müssen deshalb in den verschiedenen Gewerkschaften fortwährend Verbindungen mit den gleichen Gewerkschaften anderer Länder unterhalten, und auf diese Weise, sowie durch internationale Gewerkschaftsverbände die Kräfte der Arbeiter der ganzen Welt zusammenfassen.

Da die Gesetzgebung der verschiedenen Länder der Freiheit der Arbeiter zu nationaler und internationaler Verbindung Fesseln anlegt, so müssen die Arbeiter die öffentlichen Gewalten veranlassen, diesen Zustand zu beseitigen; sie dürfen aber für ihre Befreiung sicher nur auf sich selbst zählen und müssen auf alle Fälle jenes internationale Band knüpfen, welches einzig und allein das Unterpfand des Erfolges ist.

Angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten, diesen internationalen Bund zu organisiren, und angesichts der Nothwendigkeit, unverzüglich Verbindungen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder herzustellen, müssen nationale Gewerkschafts-Sekretariate geschaffen werden, welche die statistischen Daten und Aktenstücke sammeln, die der Gesammtheit der Arbeiterorganisationen nöthig sind.

Da der Streik und der Boykott gegenwärtig die einzigen Waffen sind, um gegen das Kapital zu kämpfen, so müssen die

gewerkschaftlichen Verbindungen sich in den Stand setzen, sie mit Nachdruck anzuwenden. Streik und Boykott der einen Organisation müssen von allen anderen Arbeiterverbindungen und hauptsächlich von den ähnlichen Arbeiterorganisationen der übrigen Länder unterstützt werden. Immerhin sollen die Arbeiter, wenn möglich und wenn es ihre Würde gestattet, eher zur Vermittelung und zum Schiedsgericht als zum Streik greifen.

In allen Ländern muß eine unaufhörliche und nachdrückliche Propaganda zu Gunsten der gewerkschaftlichen Organisation gemacht werden, damit alle Arbeiter nicht nur für den augenblicklichen Kampf vereinigt werden, sondern in der Ueberzeugung und der Absicht, ihre endgiltige Befreiung zu verfolgen und zu erreichen.

1. Gewerkschaften.

1. Es sind in allen Ländern und für alle Berufe Gewerkschaften zu errichten, welche nur Arbeiter zulassen. 2. Ihr Zweck besteht in der Vertheidigung und Erringung menschenwürdiger Löhne, in der Heruntersetzung der Arbeitszeit und vor Allem in der Umgestaltung der kapitalistischen Wirthschaft in eine solche der gerechten Vertheilung der Arbeitsprodukte. 3. Die Gewerkschaften müssen sich national und international nach Berufen verbinden. 4. Diese nationalen und internationalen Gewerkschaftsverbände dürfen ihre Bestrebungen nicht nur auf ihre Gewerke oder bestimmte Plätze beschränken, denn die Arbeiterfrage ist überall ein und dieselbe und kann nur durch einen Bund aller Gewerkschaften gelöst werden.

2. Korrespondenz, Statistik, Propaganda.

1 Die Gewerkschaften der einzelnen Länder müssen unter sich sowohl als auch mit denen anderer Länder fortgesetzte Verbindungen unterhalten. 2. In jedem Lande muß ein Gewerkschafts-Sekretariat errichtet werden zu dem Zweck, mit den Gewerkschafts-Sekretariaten der anderen Länder zu verkehren, und um alle Berichte und statistischen Daten zu sammeln, welche für die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände von Interesse sind. 3. Diese Sekretariate dürfen sich nur mit der Verwaltung befassen. 4. Jede Nation kann das Gewerkschafts-Sekretariat nach ihrem Gutdünken einrichten. 5. Die Länder derselben Sprache sollen sich über die Herausgabe eines Kalenders verständigen. Derselbe soll der Propaganda namentlich unter dem ländlichen Proletariat dienen. 6. Alle Jahre soll durch diese Sekretariate ein Bericht in allen Sprachen herausgegeben werden, welcher statistische Daten enthält und über die Resultate der Propaganda, sowie der gewerkschaftlichen und sozialistischen Agitation Aufschluß giebt.

3. Koalitionsrecht, Streiks, Boykott.

1. Die Koalitionsfreiheit, welche in einigen Ländern ganz unterdrückt, in anderen beschränkt ist, muß von allen Arbeiterorganisationen gefordert werden. 2. Streik und Boykott sind zweischneidige Waffen; die Arbeiterorganisationen sollen sie deshalb nur nach reiflicher Prüfung aller Verhältnisse anwenden, vor Allem, wenn sie von den Arbeitsherren dazu nicht herausgefordert werden. 3. Es muß die größte Propaganda entfaltet werden, damit alle Arbeiter diejenigen Gewerkschaftsverbände unterstützen, welche einen Streik unternehmen. 4. Die ähnlichen Verbände anderer Länder müssen ihr Möglichstes thun, um den Sieg der im Streik befindlichen Gewerkschaften eines Landes zu sichern, sei es durch eine ähnliche Bewegung in ihrem Lande, sei es durch moralische und materielle Unterstützung. 5. Die Arbeiter müssen sich durch eine starke Organisation auf die Möglichkeit eines Generalstreiks vorbereiten.

4. Gesetzliche Bürgschaften für das Vereins- und Koalitionsrecht.

Die Arbeiter sollen die Parlamente und Regierungen ihrer Länder veranlassen, ein Gesetz über die Gewerkschaften zu geben, welches folgende Hauptpunkte enthält:

1. Alle Gewerkschaften, welche das Studium und die Vertheidigung der wirthschaftlichen Interessen der Lohnarbeiter bezwecken, sollen sich beliebig zu Bünden und Verbänden mit den Gewerkschaften ihres oder anderer Berufe vereinigen dürfen. 2. Diese Bünde oder Verbände sollen sich nach Gutfinden mit ähnlichen Bünden oder Verbänden anderer Nationen zu internationalen Bünden oder Verbänden vereinigen dürfen. 3. Jeder Lohnarbeiter muß einer Gewerkschaft angehören. 4. Jede Gewerkschaft muß Fremde zu denselben Bedingungen wie die Einheimischen aufnehmen. Für die verschiedenen Aemter der Gewerkschaften darf zwischen Einheimischen und Fremden kein Unterschied gemacht werden. 5. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände müssen das Recht der juristischen Person besitzen. 6. Die Arbeitsvermittlung muß ausschließlich in den Händen der Gewerkschaften oder von Arbeitsbörsen liegen, welche von Gewerkschaften verwaltet werden. 7. Die öffentlichen Arbeiten dürfen nur an Arbeitergewerkschaften vergeben werden. Für den Fall, daß eine Arbeitergewerkschaft sie nicht annimmt, dürfen sie nur an solche Unternehmer vergeben werden, welche ausschließlich Mitglieder der Gewerkschaften beschäftigen. 8. Das Koalitionsrecht wird durch das Gesetz verbürgt. Dasselbe muß schwere Strafen gegen diejenigen enthalten, welche das Vereins-

und Koalitionsrecht der Arbeiter verletzen oder bedrohen. 9. Die Gesetze gegen die Internationale sowohl, wie alle Gesetze, welche dem Vereinsrecht Fesseln anlegen, sind abzuschaffen."

Bock-Gotha legt als Korreferent die Schwierigkeiten dar, die den deutschen Arbeitern diese vorgeschlagene Form der nationalen Verbindung zur Unmöglichkeit machen; an internationalem Solidaritätsgefühl — das zeige die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — fehle es den Deutschen wahrlich nicht. Die Deutschen, mit ihnen die Schweizer, Oesterreicher, Holländer und Rumänen, stellen sich auf den Boden der Möglichkeit; völlig einverstanden mit einer Prinzipienerklärung in der Resolution, sei für die Form der internationalen Verbindung ihnen nur das System der Vertrauensmänner möglich; jeder andere Versuch würde sofort durch die Maßnahmen der herrschenden Gewalt verhindert; im Anschluß an den Haller Kongreßbeschluß schlagen die deutschen Abgeordneten folgende Resolution vor:

„Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirthschaftliche Lage des Arbeiters immer tiefer herunter zu drücken, sind Streiks und Boykotts eine unzulängliche Waffe für die Arbeiterklasse, einmal um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angebracht die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Kongreß den Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen. Insbesondere betrachtet es der Kongreß als zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisire, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie auch die materiellen Mittel die beabsichtigten Zwecke erreichen zu können.

Von diesen Auffassungen ausgehend empfiehlt der Kongreß allen Arbeitern kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisation; zugleich erhebt der Kongreß Protest gegen alle Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, das Recht der Vereinigung der Arbeiter irgendwie zu beschränken. Zur Sicherung des Koalitionsrechts verlangt der Kongreß Beseitigung aller Gesetze, welche geeignet sind, dem Koalitionsrecht irgend welche Schranken zu ziehen, desgleichen Bestrafung aller derjenigen, welche die Arbeiter in der Ausübung dieses Rechtes verhindern.

Der Kongreß macht es allen Arbeitern zur Pflicht, in diesem

Sinne kräftig zu wirken; da eine gesetzliche internationale Verbindung der Organisationen der verschiedenen Länder unter den heutigen Gesetzen nicht möglich ist, so empfiehlt der Kongreß den Organisationen der einzelnen Länder ihr Solidaritätsgefühl im Bedarfsfalle durch gegenseitige materielle und moralische Unterstützung zu beweisen. Die Form muß den einzelnen Ländern überlassen werden."

Dr. Aveling-London: Die Gasarbeiter-Union vereinigt nicht blos Gasarbeiter in ihren Reihen, sondern 70 verschiedene Gewerke. Die Gasarbeiter schließen sich der Idee der Deutschen an, die ihrer Auffassung um so mehr entspreche, als der Gasarbeiter-Verband schon eine Institution besitze, wie sie hier geschaffen werden soll. Ihr Sekretär stehe bereits mit den Berufsgenossen der anderen Länder in schriftlichem Verkehr, insofern, als jedes Land ebenfalls einen solchen Sekretär ernannt habe oder noch zu ernennen habe. Damit sei der Anfang einer künftigen Organisation gegeben.

Für die Minorität der Franzosen erklärt Delaporte sein Einverständniß mit der deutschen Resolution, unter Einbringung eines Amendements, das sich mit der Ausführung Aveling's deckt und von den Deutschen acceptirt wird.

* * *

In der **zehnten Sitzung**, Donnerstag Nachmitttag 3 Uhr, wird die Debatte fortgesetzt.

Fovio, Vertreter der Bergarbeiter des Borinage, stellt ein Amendement, das den Gewerkschaften derjenigen Länder, in denen ein Arbeitersyndikat besteht, die Verpflichtung auferlegen soll, ihren Mitgliedern vorzuschreiben, nicht unter den vom Syndikat festgesetzten Löhnen zu arbeiten, sie bei Nichtbefolgung dieser Vorschrift als Verräther zu betrachten und für ihren Ausschluß aus der Arbeit zu sorgen.

Delescluze-Frankreich zeigt an, daß die Franzosen gesonnen seien, die Resolution der Deutschen anzunehmen, wenn diese folgendem Amendement zustimmen:

So wünschenswerth eine internationale Gewerkschafts-Zentralisation sein mag, stehen derselben doch Schwierigkeiten verschiedener Natur entgegen. Der Kongreß beschließt, den Arbeitern gemeinsame Mittel an die Hand zu geben, um ihre Solidarität manifestiren zu können. Er empfiehlt, überall, wo es möglich sei, ein nationales Arbeitersekretariat zu etabliren, um, wenn Konflikte entstehen, sich sofort benachrichtigen und gegenseitige Unterstützung schaffen zu können.

Meister-Deutschland erklärt namens der deutschen Mitglieder der zweiten Sektion, deren volles Einverständniß mit dem französischen Amendement.

Daschinsky als Vertreter für Polen. Wir kommen aus einem Lande, wo jeder Versuch einer gewerkschaftlichen Organisation in den Festungskerkern von Warschau sein Ende findet; es ist daher begreiflich, daß wir nicht für einen Antrag stimmen können, der uns Verpflichtungen auferlegt, die wir nicht erfüllen können. Für Oesterreichisch- und Preußisch-Polen verfolgen wir die Taktik, daß wir mit den sozialdemokratischen Landesparteien Hand in Hand gehen, weshalb wir auch nicht für die Form des Komitees stimmen können.

Vliegen-Holland spricht sich namentlich gegen die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitsstatistik aus, die nur mit den Mitteln des Staates durchführbar sei.

Parnell-London erklärt, daß in dieser Frage die ganze englische Delegation, die alle Schattirungen der organisirten Arbeiter in sich repräsentire, einig sei: das Heil der Arbeiter liege nur in der international ausgedehnten Organisation des Proletariats, dessen Interessen überall die gleichen seien. Die Engländer stimmen für die deutsche Resolution.

Pokorny-Wien erklärt, die Meinungsverschiedenheit entspringe der verschiedenartigen Auffassung darüber, welche Stellung ein Sozialistenkongreß in dieser Gewerkschaftsfrage überhaupt einzunehmen habe. Während die Oesterreicher mit den Deutschen und Schweizern der Meinung waren, es handele sich nur darum, die Stellung der Sozialdemokratie prinzipiell zu charakterisiren, glaubten die Vertreter der anderen Richtung, einen förmlichen Katechismus des Gewerkschaftswesens und der Gewerkschaftsagitation liefern zu sollen. Dabei komme aber nichts heraus. Besser als viel reden und nichts zu thun, sei zu schweigen und zu handeln. Wir wissen alle, daß jeder gute Gewerkschaftler ein guter Sozialist und jeder gute Sozialist ein guter Gewerkschaftler ist.

* * *

In einer **Konferenz der deutschen Delegirten** am Donnerstag Abend wurde eingehend die Frage erörtert, welche Vorschläge seitens der deutschen Sozialdemokratie dem Kongreßbureau in der Frage der **Maifeier** unterbreitet werden sollen, und der Beschluß gefaßt, durch eine sechsgliedrige Kommission (Bebel, Frl. Bader, Molkenbuhr, Schmidt-München, Schwartz und Ulrich) den Antrag zu stellen, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen; sollte hierfür nicht die allgemeine Zustimmung gewonnen werden, so soll Verständigung gesucht werden auf Grundlage der Auffassung, daß der Gedanke der allgemeinen Arbeitsruhe nicht obligatorisch mit der Maifeier verbunden sei.

Für den deutschen Vorschlag, internationale Kongresse höchstens **alle drei Jahre** abzuhalten, wird sich keine Majorität

finden; der nächste Kongreß dürfte daher 1893 nach der Schweiz berufen werden; da außer Nieuwenhuis bis jetzt sich Niemand für Chikago erklärt hat.

* * *

In der **elften Sitzung,** Freitag Vormittag 10 Uhr, wurde die Resolution der deutschen Delegirten zu Punkt 2 der Tagesordnung von allen Nationen in folgendem Wortlaut angenommen:

Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirthschaftliche Lage des Arbeiters immer tiefer herunterzudrücken, sind Streiks und Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse, einmal um die auf ihre materielle und politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angebracht die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Kongreß den Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen. Insbesondere betrachtet es der Kongreß als zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisire, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie auch der materiellen Mittel die beabsichtigten Zwecke erreichen zu können.

Von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt der Kongreß allen Arbeitern kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisation; zugleich erhebt der Kongreß Protest gegen alle Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, das Recht der Vereinigung der Arbeiter irgendwie zu beschränken. Zur Sicherung des Koalitionsrechtes verlangt der Kongreß Beseitigung aller Gesetze, welche geeignet sind, dem Koalitionsrecht irgend welche Schranken zu ziehen, desgleichen Bestrafung aller Derjenigen, welche die Arbeiter in der Ausübung dieses Rechtes verhindern.

Und da, wie wünschenswerth auch eine Zentralorganisation der Kräfte der internationalen Arbeiterschaft wäre, diese im Augenblick an Schwierigkeiten aller Art scheitert, so beschließt der Kongreß, der Solidarität der Arbeiter in den verschiedenen Ländern ein gemeinsames Mittel an die Hand zu geben;

indem in jedem Lande, wo dies möglich ist, die Errichtung nationaler Arbeitssekretariate empfohlen wird, damit, sobald von irgend welcher Seite sich ein Konflikt zwischen Kapital und

Arbeit entwickelt, die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten davon benachrichtigt werden können, um ihre Maßnahmen zu treffen.

Nur unter den Belgiern und Franzosen hatte sich eine kleine Minderheit dagegen erhoben. Die Abstimmung wurde mit brausendem Jubel begrüßt.

* * *

Zur Verhandlung gelangt Punkt 3 der Tagesordnung: **Stellung des Proletariats zum Militarismus.** Das Wort ergreift:

Liebknecht: Es wurden zwei Referenten ernannt; er als deutscher und Vaillant als französischer; bei der Gemeinsamkeit der Gefühle und Gedanken dürfte aber eine Uebersetzung der Ausführungen der beiden Referenten sich als überflüssig erweisen. Zunächst wolle er betonen, daß in der Kommission im Großen und Ganzen vollständige Einigkeit herrschte. Wenn in der gegnerischen Presse behauptet worden sei, daß zwischen Deutschen und Franzosen Meinungsverschiedenheiten geherrscht haben, so sei das ein Irrthum; wenn gar behauptet worden, die Franzosen seien zwar gute Sozialisten, aber mit chauvinistischen Gefühlen, und sie würden nie auf den Gedanken der Revanche Verzicht leisten, so sei davon auch nicht eine Silbe wahr. Das Wort Revanche ist in der Kommission gar nicht gefallen. Ganz im Gegentheil: die Presse, die da glaubte mit der Aufwerfung der elsaß-lothringischen Frage Zwietracht säen zu können, habe sich getäuscht. Für die Bourgeoisie sei die elsaß-lothringische Frage eine brennende Frage; aber in unserer Kommission wurde sie mit keiner Silbe erwähnt. Aus einem einfachen Grunde: Für uns Sozialisten giebt es keine elsaß-lothringische Frage; für die deutschen Sozialisten so wenig wie für die französischen Sozialisten. Wie sollte auch eine solche Frage sich erheben, wenn unsere Bestrebungen sich verwirklichen, wenn Deutschland sozialistisch organisirt ist! Die elsaß-lothringische Frage ist eine künstliche Frage, die nur aus der heutigen korrupten Gesellschaft hervorgehen kann.

Innerhalb der Kommission wurde auch die Frage angeregt, ob man nicht die Vorschläge und Maßregeln besprechen soll, die seitens des Proletariats im Falle eines Krieges ergriffen werden sollen, wie z. B. Streik der unter die Fahnen Berufenen, Erhebung des Proletariats bei Ausbruch eines Krieges ꝛc. Von den Vertretern aber gerade der Nationen, die unter dem Drucke des Militarismus in erster Linie zu leiden haben, wurden sofort und einstimmig alle diese und ähnliche Vorschläge für unmöglich erklärt. Des Weiteren wurde in der Kommission die Frage erörtert: ob es nicht angebracht sei, neben der Maidemonstration eine gemeinsame internationale Friedensdemonstration zu veranstalten. Auch hier erklärten die

deutschen und französischen Delegirten, daß dies unnöthig sei; in Deutschland wie Frankreich ist die Maifeier zugleich ein Fest der Volksverbrüderung geworden; in Deutschland wie Frankreich hat keine einzige Versammlung stattgefunden, in der nicht diesem Gedanken Ausdruck gegeben worden; ebenso in anderen Ländern. Was die Frage der Friedensdemonstration betrifft, so versteht es sich von selbst, daß ein sozialistischer Arbeiterkongreß hierzu eine ganz andere Stellung einnehmen muß, als eine Versammlung von philantropischen Bourgeois. Es existirt eine Friedens- und Freiheitsliga; wir bringen ihr alle Sympathie entgegen; aber die soziale Stellung all' dieser Friedensfreunde verhindert sie, die Ursache des Militarismus zu erkennen, verurtheilt alle ihre wohlmeinenden Bestrebungen zur Ohnmacht. Die Frage des Militarismus ist eine soziale Frage; ohne Klassenkampf, ohne Klassengegensatz ist der heutige Kriegszustand einfach unmöglich. Wie sollte auch eine emanzipirte Arbeiterschaft Grund zu nationalen Hetzereien, zu gegenseitigen Kriegen haben? Der Feind des deutschen Arbeiters ist nicht der französische Arbeiter, sondern der deutsche Bourgeois, der Feind des französischen Arbeiters ist nicht der deutsche, englische Arbeiter, sondern der Bourgeois des eigenen Landes, und diesem Gedanken haben nicht nur wir, sondern auch die französischen Delegirten unzweideutigen Ausdruck gegeben. — In wie hohem Maße die Frage des Militarismus eine soziale Frage geworden ist, zeigt u. A. auch die Thatsache, daß die Bourgeoisparteien, die früher prinzipiell gegen den Militarismus Stellung genommen, heute einstimmig die Millionen bewilligen, die der Militarismus erfordert, in Frankreich wie in Deutschland.

Und dies ist auch erklärlich. In Wahrheit wollen sie diese riesigen Armeen nicht gegen den ausländischen Feind, sondern zu ihrem eigenen Schutze gegen das Vordringen der Sozialdemokratie, zu ihrem Schutze im Klassenkampfe, zum Schutze ihrer Ausbeutungsprivilegien.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Konsequenzen des Militarismus, auf die Folgen des nächsten Krieges einzugehen. Im nächsten Kriege werden Millionen unter der Fahne stehen, Europa wird in Waffen starren, ganze Völker werden gegen einander geworfen, ein Krieg, wie ihn die Weltgeschichte niemals gesehen, im Vergleich zu welchem der letzte französisch-deutsche Krieg ein Kinderspiel war und der unsere Zivilisation auf ein Jahrhundert zurückwerfen muß. Das Proletariat, das die Fahne der Kultur voranträgt, hat dafür zu sorgen, daß dies verhindert, daß dem entgegengewirkt wird, ehe die gemeinsame Kultur in einer großen Katastrophe begraben wird. Wir müssen alles aufbieten, diese Katastrophe zu verhindern. Ist die Bestie im Menschen erweckt, dann schweigt die Vernunft und die Humanität verhüllt ihr Haupt. Wenn erst die Völker lavinen-

gleich aufeinander brausen, dann wird jeder zermalmt, der sich entgegenstellen wollte. Wir müssen beweisen, daß wir diesen bewaffneten Frieden beseitigen wollen, aber alle Bestrebungen sind zur Hoffnungslosigkeit verurtheilt, so lange wir den Klassenkampf nicht beseitigt, den Klassenkampf, der die Grundlage des Militarismus bildet.

Und damit dieser Protest gegen den Militarismus, dieser Ruf des Friedens in der ganzen Welt widerhalle, so bitte er, diese Resolution einstimmig anzunehmen. In dem Siege des Sozialismus liegt die einzige Bürgschaft, den Militarismus zu vernichten und so dem Kriegszustande zwischen den Völkern ein Ende zu machen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß der Militarismus, welcher auf Europa lastet, das nothwendige Resultat des permanenten — offenen und latenten — Kriegszustandes ist, welcher durch das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den dadurch erzeugten Klassenkampf der Gesellschaft auferlegt wird;

erklärt der Kongreß, daß alle, die ökonomischen Ursachen des Uebels nicht treffenden Bestrebungen auf Beseitigung des Militarismus und auf Herbeiführung des Friedens unter den Völkern ohnmächtig sind, so edel die Beweggründe sein mögen;

daß allein die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, dem Militarismus ein Ende machen und den Frieden unter den Völkern herbeiführen kann;

daß demzufolge Alle, welche dem Kriege ein Ende machen wollen, die Pflicht haben, sich der internationalen Sozialdemokratie, als der einzigen wirklichen und grundsätzlichen Friedenspartei anzuschließen.

Angesichts der immer drohender werdenden Lage Europas und der chauvinistischen Hetzereien der herrschenden Klassen fordert der Kongreß die Arbeiter aller Länder auf, gegen alle Kriegsgelüste und denselben dienenden Bündnisse unabläßig und energisch zu protestiren und zu wirken, und durch Vollendung der internationalen Organisation des Proletariats den Triumph des Sozialismus zu beschleunigen.

Der Kongreß erklärt, daß dies das einzige Mittel ist, die furchtbare Katastrophe eines Weltkrieges abzuwenden, dessen unabsehbar verhängnißvolle Folgen die Arbeiterklasse in erster Linie zu tragen hätte;

und daß die Verantwortung für eine solche Katastrophe vor der Menschheit und vor der Geschichte einzig und allein den herrschenden Klassen zufällt.

Vaillant befürwortet im Sinne der Liebknecht'schen Aus-

führungen die Resolution. Einem Antrag auf Schluß der Debatte widerspricht Nieuwenhuis-Holland, da er nachstehende Gegenresolution begründen wolle:

Der Kongreß.

In Erwägung, daß die nationalen Verschiedenheiten nie sind im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse seiner Unterdrücker;

In Erwägung, daß alle modernen Kriege, ausschließlich hervorgerufen durch die Kapitalistenklasse in ihrem Interesse, ein Mittel in ihren Händen sind, um die Kraft der revolutionären Bewegung abzulenken und die Suprematie der Bourgeois zu konsolidiren durch die Befestigung der schändlichsten Ausbeutung;

In Erwägung, daß keine einzige Regierung sich entschuldigen kann, daß sie provozirt ist, weil der Krieg das Resultat des internationalen Willens des Kapitalismus ist;

Beschließt der internationale sozialistische Kongreß von Brüssel, daß die Sozialisten aller Länder einer etwaigen Kriegserklärung beantworten werden mit einem Aufruf des Volkes zur allgemeinen Arbeitseinstellung.

Der Schlußantrag wird abgelehnt und Nieuwenhuis begründet seinen Antrag in längerer Rede: Wenn man blos einstimmige Beschlüsse fassen wolle, so brauche man blos sich nur in allgemeinen Redensarten zu bewegen, wie in dieser Resolution; wenn man die Worte Sozialdemokrat und Sozialdemokratie darin mit Christ und Christenthum vertausche, so werde und könne die Heilsarmee wie der Papst, kurz alle Parteien dafür stimmen. Wenn die Bourgeoisie als Ursache des Militarismus erklärt werde, so komme ihm das vor, wie wenn zwei Knaben raufen und jeder den anderen beschuldige, angefangen zu haben. All' dies sind große Worte ohne Bedeutung, durch die wir uns vor der ganzen Welt nur lächerlich machen. In der Sektion habe ich zur Minorität gehört. Und da der Kleinere dort wie überall aufgefressen worden ist, so ist meine Sache gefallen. So appellire ich denn an das Plenum des Kongresses. Und wenn meine Sache auch hier fällt, so habe ich doch den Trost, daß stets in der Welt die Ideen der Minorität zuerst als lächerlich erschienen. — Die großen Nationen sind weniger international gesinnt als die kleinen. Der Grund ist, daß die großen Nationen ehrgeizig sind, während die kleinen nicht Macht genug haben, um das zu sein. Aus diesem Mangel an internationalem Gefühl entsteht der Chauvinismus. Und so giebt es auch unter uns Chauvinisten, das gilt besonders von den Deutschen. Und ich brauche, um dies zu erhärten, nur an den Fall Vollmar zu erinnern, der sich in seinen Ausführungen mit Recht auf die Erklärungen anderer deutscher Genossen im Parlament berufen konnte. Ich sage das, weil ich ein Freund der Deutschen bin, und weil man unter

Freunden sich die Wahrheit sagen muß. Dieser Chauvinismus ist eine Gefahr für unsere ganze sozialistische Bewegung. Die Sozialisten müssen beim Ausbruch eines Krieges alle dieselbe Haltung haben. Sonst würden die Völker beim Ertönen des Kommandos einfach marschiren und sich gegenseitig zerfleischen. Der Chauvinismus führt zu Unterscheidungen zwischen Angriffs- und Vertheidigungskriegen. Ich verwerfe diese Unterscheidung. Es ist bekannt, daß die Diplomaten die Kunst verstehen, jeden Krieg als offensiven oder defensiven hinzustellen, wie sie es brauchen. — Was nun unsere Haltung beim Kriegsausbruch anbetrifft, so giebt es nur einen Weg, passiven Widerstand. Man zweifelt an seiner Durchführung; er erinnere an eine holländische Sekte, die Pelzbaeker, die sogar dem großen Napoleon mit Erfolg den Waffendienst verweigert habe. Die Sozialisten müßten die Völker aufklären, daß sie nicht mehr marschiren, wenn zum Kriege geblasen werde, denn die Regierungen hassen uns noch mehr als die Regierungen anderer Länder. Wissen Sie, was die Regierungen zu thun beabsichtigen beim Ausbruch des Krieges? Um die Soziaisten los zu werden, werden sie dieselben in der Schlacht in die ersten Reihen stellen, damit sie sich gegenseitig tödten. Diesem Komplott können die Sozialisten nur entrinnen, wenn sie sich weigern auf einander zu schießen. Sie laufen dann zwar Gefahr, eingesperrt zu werden, aber der Kerker ist dann immer noch besser als der Tod. Der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie wird unsererseits dem Kriege der Nationen vorgezogen. Wenn die Regierungen den Krieg erklären, so ist das eine Revolution. Und darauf haben wir das Recht unsererseits mit einer Revolution zu antworten, mit der Aufforderung an das Volk, die Waffen nicht zu ergreifen. Das Volk will den Krieg nicht. An Stelle der Regierungen sollen die Völker treten, und internationale Schiedsgerichte sollen über die Streitigkeiten zwischen den Nationen entscheiden. Wenn ein Volk sich dem nicht fügen will, so soll es von den anderen geboykottet werden. Unter den jetzigen Verhältnissen aber soll das Volk im Kriegsfalle sich erheben. Engels hat gesagt: Gebt Jedem eine Flinte und 50 Patronen in die Hand, und die Freiheit wird gesichert sein! So glaube ich, daß der Triumph des Proletariats auch der Triumph des Weltfriedens sein wird.

* * *

Zwölfte Sitzung, Freitag Nachmittag 2½ Uhr. Vaillant spricht gegen Nieuwenhuis' Resolution, die statt der in der Kommissionsresolution klipp und klar ausgedrückten Grundsätzlichkeit Verschwommenheit bringe. Im Uebrigen konstatirt er, daß die Resolution in der Kommission mit allen gegen die zwei Stimmen

der Holländer angenommen worden sei, man könne also von keinem Bild der Zerfahrenheit sprechen.

Liebknecht: Nieuwenhuis hat behauptet, unsere Resolution sei zu allgemein gehalten; man brauche nur die Worte Sozialdemokratie und Sozialdemokrat zu vertauschen mit den Worten Christ und Christenthum, dann könne jeder Pfaffe dafür stimmen. Das möge bei ihm, den ehemaligen Priester, begreiflich sein, uns Allen aber sei es neu, daß der Klassenkampf eine Lehre des Christenthums sei. Wenn Nieuwenhuis als Freund der Deutschen glaubte ihnen die Wahrheit sagen zu müssen, so wolle er (Liebknecht) ihm als guter Freund, nunmehr die Wahrheit sagen: Unsere Resolution soll nur Redensart, Phrase sein, nur große Worte! Hier sind Prinzip und Programm der Sozialdemokratie niedergelegt. Was heiße denn Phrase? Etwas großmäulig behaupten, was man nicht halten könne! Der ganze Weltstreik ist nichts als eine jämmerliche Phrase! Wollten wir den Weltstreik proklamiren, würde die Bourgeoisie uns auslachen! Und eine Revolution im Voraus verkünden! So weit man davon reden könne, Revolution zu machen, gehöre das zu den Dingen, die man thue, von denen man aber nicht redet, die man am allerwenigsten vorausverkünde.

Nieuwenhuis habe die deutschen Sozialisten des Chauvinismus beschuldigt! Wenn es je eine Partei gegeben, die diesen Vorwurf am wenigsten verdient, so sei es die deutsche Sozialdemokratie: Und Niemand wisse das besser als die Franzosen! Die deutschen Sozialdemokraten hätten ihre internationale Gesinnung mit der That bewiesen, zu einer Zeit, wo Muth dazu gehörte, zu einer Zeit, wo Jeder wußte, daß er dafür vor ein Kriegsgericht gestellt, dafür mit jahrelangen Freiheitsstrafen büßen mußte! Und wir haben 1870 gegen den Krieg protestirt, gegen die Annexion protestirt, trotz dieser Gefahren und haben die Folgen getragen, doch — das sind Dinge, die man thut, mit denen man aber nicht prahlt. Wer aber wirklich Chauvinist ist, das will ich Ihnen zeigen! Nicht wir, sondern gerade Herr Nieuwenhuis ist es! Wenn es je eine große Demonstration der internationalen Solidarität gegeben, so war es anläßlich des Pariser Kongresses, als 89 deutsche Delegirte dem deutschen Chauvinismus zum Trotz sich mit ihren französischen Brüdern verbündet hatten! Und anläßlich dessen hat Nieuwenhuis in seinem Blatte diese deutschen Delegirten als einen Haufen von rohen Schreiern dargestellt, die blos Puppen in der Hand ihrer Führer seien.

Und was wäre die Folge dieses Nieuwenhuis'schen Vorschlages? Bei Ausbruch des Krieges gelten die Kriegsgesetze. Wer sich weigere, würde kurzerhand vor ein Kriegsgericht gestellt und füsilirt! Nieuwenhuis hat freilich mit den Kämpfen die da kommen, nichts

zu thun! Holland ist nicht in Nöthen, wenn die 4—5 Millionen Franzosen und Deutsche sich in Waffen gegenüberstehen.

Unsere Resolution proklamirt die sozialdemokratischen Grundsätze, proklamirt die internationale Organisation der Arbeiter, die internationale Allianz der Völker! Lassen Sie sich nicht von der Phrase beherrschen! Der Fluch der Sozialdemokratie wäre die Herrschaft der Phrase! Befreien Sie sich von der Phrase! Die revolutionärste Bethätigung des Proletariats ist: dem Proletariat durch Organisation die Macht zu verschaffen. Mit einer Resolution wie die Nieuwenhuis'sche machten wir uns nur lächerlich. (Donnernder Beifall.)

Nieuwenhuis: Nicht ich habe angegriffen, sondern ich wurde angegriffen, als Liebknecht mir Unwahrheit vorwarf. Ich habe nicht gesagt, die deutschen Sozialisten, sondern unter ihnen seien solche. Ich protestire auch dagegen, als ob die Deutschen allein Opfer gebracht hätten.

Volders meint, wenn man wisse, wie die Dinge in der Kommission gegangen, so könne man nicht vom Auffressen der Minorität sprechen; diese habe sich eben überzeugt, daß man die in den einzelnen Ländern herrschenden verschiedenartigen Verhältnisse nicht übersehen dürfe. In prinzipieller Hinsicht sind abweichende Ansichten nicht zu Tage getreten; aber bei der Verschiedenheit der aktuellen Verhältnisse in den einzelnen Ländern mußte sich mit Nothwendigkeit eine Kompromiß-Resolution ergeben, und die Minorität habe eben deshalb in die Resolution das Amendement hineingebracht, daß es jedem Lande überlassen bleiben solle, im Falle eines ausbrechenden Krieges diejenigen Mittel zu ergreifen, die den jeweiligen Verhältnissen am besten entsprechen. Belgien könne die Agitation in die Armee hineintragen; Holland könne den Generalstreik proklamiren; für die vorgeschlagene Resolution könne demnach selbst Nieuwenhuis stimmen. Es wäre ein kleiner und kleinlicher Standpunkt, wenn wir uns nicht auch hier, wie bei Punkt 2, auf dem Boden des Prinzips einigen könnten. Er bitte um einstimmige Annahme durch Akklamation.

Es werden nun eine Reihe Amendements begründet; u. A. will ein Theil der Engländer noch aufgenommen wissen: Internationales Schiedsgericht, Reduktion des Militäretats und daneben den — Generalstreik im Kriegsfall! Branting (Stockholm) will die Forderung, Ersetzung der stehenden Armee durch die Volkswehr im Sinne der Pariser Beschlüsse, Rouanet (Paris) auch die dynastischen Interessen als Kriegsursache aufgenommen wissen.

Nach einem packenden Schlußworte Volder's kommt es zur Abstimmung. Von den 16 vertretenen Nationalitäten stimmen Holland, Frankreich (32:23) und England mit relativer Majorität für den von den Engländern amendirten Antrag Nieuwen-

huis. Darauf wird die von der Kommission vorgeschlagene Resolution von allen Nationen angenommen, und zwar 13 Nationen einstimmig, Frankreich und England mit großer Majorität, und von Holland stimmte ein Delegirter dafür, zwei Delegirte enthielten sich der Abstimmung.

* * *

Zwölfte Sitzung. Sonnabend Vormittag 10 Uhr.

Die Anträge der Polen bezüglich Verstaatlichung des Getreidehandels und Errichtung von Gemeindebäckereien werden auf Vorschlag des Bureaus von der Tagesordnung abgesetzt. Ebenso schlägt das Bureau Absetzung der Punkte 5 und 6 (Die **Frage des Parlamentarismus**, der zur Emanzipation des Proletariats zu ergreifenden Mittel und der Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien) von der Tagesordnung vor. Fortujin (Holland) erklärt, er ziehe den Antrag zurück, nachdem er sich überzeugt, daß die Mehrheit des Bureaus (besonders die Deutschen) sich fürchte, diese Frage zur Diskussion zu stellen. Singer erhebt hiergegen energisch Protest, diese Insinuation sei einfach unwahr. Die Deutschen haben sich vielmehr ausdrücklich dafür ausgesprochen, den prinzipiellen Theil des Antrages zu diskutiren. Wogegen sie sich, als gegen eine unfruchtbare Diskussion, wenden mußten, war die Erörterung darüber, welche Mittel der Taktik in den einzelnen Ländern angewendet werden sollen. Ein internationaler Kongreß sei außer Stande, darüber ein Urtheil zu fällen oder Vorschriften zu erlassen, einfach deshalb, weil die hier in Frage kommenden Verhältnisse nur von den Genossen der einzelnen Länder selbst gekannt und richtig beurtheilt werden könnten. Er fordert die holländischen Bureaumitglieder auf, diese seine Darlegungen zu bestreiten oder zu bestätigen. Die Deutschen hätten wirklich keine Ursache, die Diskussion einer Frage zu scheuen, die vom ganzen internationalen Proletariat seit je in unserem Sinne entschieden worden, nnd von der ganzen proletarischen Welt als richtig und gut anerkannt worden sei. Der Unterschied zwischen den Deutschen und Holländern sei einfach der, daß diese revolutionär reden, während die Deutschen revolutionär handeln. (Beifall.) Einen gleichen Protest erhebt Burrows für für die englischen Bureaumitglieder.

Zu Punkt 7 **(Abschaffung der Stück- und Akkordarbeit)** bringt Bertrand (Belgien) folgende Resolution ein, die er, weil sie eine rein praktische Frage behandelt, nicht ausführlich zu begründen für nöthig hält und die er ohne große Diskussion anzunehmen bittet:

In Erwägung, daß die Stück- und Akkordarbeit immer mehr in der Groß- und Kleinindustrie sich einbürgert, daß diese Form der Lohnzahlung die Ausbeutung der Arbeitskraft und damit die

Armuth und das Elend der Arbeiter immer mehr vergrößert und den Arbeiter immer mehr zur Maschine macht,

daß durch die Konkurrenz, die unter diesem System die Arbeiter sich gegenseitig machen, dasselbe dazu dient, daß bei der Berechnung der Stück- und Akkordlöhne die Leistungen der besten Arbeiter zur Grundlage der Berechnung genommen werden,

endlich, daß dieses System eine beständige Ursache zu Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern und zwischen den Arbeitern selbst wird und namentlich auch in der Hausindustrie sich stetig verallgemeinert,

ist der Kongreß der Ansicht, daß dieses fluchwürdige System intensivster Ausbeutung eine nothwendige Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und erst mit der Beseitigung derselben aufhören wird, daß es aber nichts desto weniger Pflicht der Arbeiterorganisationen aller Länder ist, mit allen ihnen zu Gebote stehenden und ihnen gutdünkenden Mitteln für die möglichste Beseitigung desselben zu wirken.

Die gleichen Anschauungen hat der Kongreß über das sogenannte Sweatingsystem, das System der Zwischen-Meister, gegen das ein gleiches Vorgehen empfohlen wird.

Diese Resolution wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

* *
*

Die weiblichen Delegirten haben folgenden Antrag eingebracht:

Der Kongreß möge beschließen: Die sozialistischen Parteien aller Länder aufzufordern, in ihren Programmen dem Streben für völlige Gleichstellung beider Geschlechter bestimmten Ausdruck zu geben und zunächst ganz besonders zu fordern: „der Frau auf zivilrechtlichem wie politischem Gebiete dieselben Rechte wie dem Manne zu gewähren.“

Singer begründet denselben. Wenn wir auch prinzipiell sämmtlich für völlige Gleichstellung sind, und wenn auch in unserm deutschen Programm diese Forderung schon enthalten ist, so giebt es doch noch verschiedene Länder, wo diese Forderung erst erhoben werden muß, und ist somit die Beschlußfassung hier wohl am Platze. Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir nicht den beschränkten Standpunkt der Frauenrechtlerinnen einnehmen, die sich damit begnügen, für eine Handvoll Bourgeoisfrauen Zulassung zu einzelnen Berufen wie Medizin, Advokatur 2c. zu verlangen und darin das Hauptziel ihrer Agitation zu erblicken. Jede Frau soll vielmehr zu allen Berufen zugelassen werden und die gleichen Rechte besitzen wie die Männer. Und wir Deutsche unterstützen den Antrag unserer Genossinnen um so lieber, als wir gerade bei den letzten Wahlen gesehen haben, wie sehr wir unsere Erfolge unter Anderem auch der unermüdlichen Thätigkeit und der an-

feuernden Begeisterung der Frauen verdanken. Das Bureau bittet Sie daher, diesen Antrag einstimmig anzunehmen und so in imposanter Weise den Beweis abzulegen, daß die Sozialisten der ganzen zivilisirten Welt keine Rechtsungleichheit zwischen Mann und Weib anerkennen. (Beifall.)

Vandervelden (Brüssel) spricht sich gegen den Wortlaut der Resolution aus, er ist für volle Gleichheit, auch für Abschaffung aller dem entgegenstehenden Gesetze, möchte aber auch ausgesprochen wissen, daß es die erste Pflicht der Frau sei, dem Hause zu leben. (Widerspruch.)

In der Abstimmung wird der Antrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen. (Jubelnder Beifall.)

*   *
*

Schlußsitzung Sonnabend Nachmittag 3 Uhr.

Zur Diskussion steht die Frage der **Maifeier.** Berichterstatter Petersen-Dänemark giebt ein Bild von den Kommissionsverhandlungen. Die Engländer forderten die Feier am ersten Sonntag im Mai, ebenso die Deutschen; doch schlossen sich diese dem vorliegenden Antrag an und legten somit abermals einen Beweis ihrer internationalen Solidarität ab. Franzosen und Oesterreicher beharrten auf die Feier des 1. Mai und forderten auch die allgemeine Arbeitsruhe. Schließlich einigte man sich einstimmig auf nachfolgende Resolution, die keine Nation zu unüberlegten Schritten zwinge, sondern jeder die Möglichkeit lasse, die Hindernisse und Schwierigkeiten, die in einzelnen Ländern sich ergeben, zu berücksichtigen. Er bittet im Namen des Bureaus um einstimmige und debattelose Annahme des Antrages, der lautet:

„Um dem ersten Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: der Forderung des Achtstundentages und der Bekundung des Klassenkampfes zu wahren

Beschließt der Kongreß:

Der erste Mai ist ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen.

Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird."

Von verschiedenen Seiten wird sofortige Abstimmung ohne vorherige Diskussion verlangt.

Roscher-Oesterreich ist gegen den Schluß der Diskussion. Man solle die starke Minorität zu Worte kommen lassen. Eine große Anzahl Delegirter habe gerade in dieser Frage bestimmte Aufträge ihrer Organisationen zu erfüllen.

Bebel plädirt für den Schluß der Diskussion. Man solle doch nicht Dinge, die alten und vergangenen Zeiten angehören,

wieder ausgraben, da dann nothwendiger Weise eine Entgegnung von der anderen Seite erfolgen müßte.

Adler-Wien widerspricht, da die Oesterreicher, ohne auf vergangene Dinge zurückkommen zu wollen, den Auftrag hätten, ihren Standpunkt im Plenum zu vertreten.

Die Debatte wird trotz des Protestes der Oesterreicher geschlossen.

Der Antrag Vaillant's, der Maidemonstration auch den Charakter einer Friedensdemonstration zu geben, wird in der Nationalitäten-Abstimmung mit allen gegen die Stimmen der Deutschen, Schweizer, Ungarn und Franzosen abgelehnt. Der erste Mai als Tag der Maidemonstration wird von allen Nationen gegen England angenommen, aber auch die englischen Delegirten erklären, grundsätzlich seien sie mit diesem Beschluß einverstanden, nur taktische Gründe hätten ihren Beschluß erzwungen. Darauf wird unter donnerndem Beifall die oben mitgetheilte Resolution per Akklamation angenommen.

Punkt 9 (gemeinschaftlicher Namen für die sozialistischen Parteien aller Länder) wird dem nächsten internationalen Kongreß überwiesen. Mit der Herausgabe eines internationalen Almanachs wird der Vorstand der belgischen Arbeiterpartei beauftragt. Damit ist auch Punkt 10 erledigt.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die **Abhaltung des nächsten internationalen Kongresses** in Chikago anläßlich der Weltausstellung 1893. Infolge Ermüdung Jules Guesde's referirt Volders: Bei aller Sympathie für die Einladung der Amerikaner zwingen uns doch die praktischen Gründe zur Ablehnung. Die amerikanischen Genossen sind diesmal zahlreich bei uns erschienen, wir hoffen dies auch von den künftigen Kongressen, und damit ist der beste Weg zur Einigung gegeben. Die große Entfernung, der gegenwärtige Stand der europäischen Bewegung, die großen Aufgaben, die ihr bevorstehen, machen es unmöglich, die Einladung nach Chikago anzunehmen. Das Komitee sei vielmehr der Meinung, der nächste internationale Arbeiterkongreß soll nach der Schweiz berufen werden, die dortigen Genossen hätten über die Wahl des Ortes zu entscheiden. Er hoffe, dieser Kongreß werde noch zahlreicher besucht werden als der heutige! (Beifall.)

Volders erklärt die Tagesordnung für erledigt und kann noch die erfreuliche Mittheilung machen, daß, nach Versicherung der russischen Freunde, am nächsten Kongreß auch das organisirte russische Proletariat vertreten sein wird. Volders dankt hierauf den Theilnehmern des Kongresses für ihre aufmerksame Theilnahme und Arbeit, wirft einen Rückblick auf die Aufgabe, die den Einberufern vorgelegen, eine Einigung der verschiedensten Richtungen des kämpfenden Proletariats zu erzielen. Die Aufgabe war schwierig,

aber nicht unlösbar; wir haben Ungeduldige und Enthusiasten, Kaltblütige und Ausdauernde, die alle den gleichen Feind und das gleiche Ziel haben. Jedoch wir alle können uns sagen, diese Einigung ist eine besiegelte Thatsache. (Rauschender Beifall.)

Bebel: Wenn er im letzten Augenblicke das Wort ergreife, so nur um einer dringenden Pflicht zu erfüllen, die ebenso dringend wie angenehm. In beredten Worten und unter dem donnernden Beifall der Versammlung drückte er den Dank des Kongresses dem Bureau aus, dessen unermüdlicher Thätigkeit zum großen Theil es zu danken sei, daß unsere kühnsten Hoffnungen überflügelt und all unsere Befürchtungen sich als eitel erwiesen. Und neben dem Bureau sei es vor allem ein Mann gewesen, dessen Hingabe, psychische und physische Hingabe und Ausdauer Aller Bewunderung hervorgerufen habe. Und er glaube im Namen des Kongresses zu handeln, wenn er diesen Dank mit einem Händedruck besiegelt, den Volders unter dem Jubel der Versammlung mit einem Kuß erwidert.

Chauvière-Paris giebt in glühenden Worten der Stimmung des Kongresses Ausdruck; die Delegirten würden in ihre Heimath die Gesinnung mitnehmen, die sie auf dem Kongreß empfangen hätten. Ein Gefühl habe alle vereinigt: der Haß gegen den Kapitalismus.

Hier heiße es Krieg dem Kriege! Wirkten Alle in unermüdlicher Weise für Ausbreitung der revolutionären Ideen, dann werde der Tag nicht mehr fern sein, an dem die Kommune errichtet werde. (Unendlicher Beifall.)

Burrows-England schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an; er giebt sich der Hoffnung hin, daß die Zeit bald anbrechen werde, in der die Kongresse nicht mehr nöthig sind, die Zeit der sozialistischen Gesellschaft.

Mit einem Hoch auf die soziale Revolution schließt Volders den Kongreß, worauf die Deutschen die Marseillaise anstimmen, was von den Franzosen mit Beifall begrüßt wird.

Druck von Max Bading, Berlin SW